Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 1.20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2.52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (A. Florack), Burloer Weg 2 (E. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Natotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 85 (H. Querbach), Potsdamstraße 8 (W. Hoves). — Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 76.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 152 | Montag, den 3. Juni 1935 | Jahrgang 1935

Der Regierungswechsel in Frankreich.

Grundhaltung der französischen Politik unverändert.

Von unserem Pariser Korrespondenten

RH **Paris**, 31. Mai.

Der Sturz der Regierung Flandin ist von der Oeffentlichkeit, die vergeblich seit Monaten auf den Erfolg der Maßnahmen zur Bekämpfung der schweren Wirtschaftskrise wartete, ohne Bedauern aufgenommen worden. Pierre Etienne Flandin, zweifellos ein Mann, der sein Fach verstand, besaß nicht die Volkstümlichkeit seines Vorgängers Doumergue, der, gestützt auf die öffentliche Meinung und getragen vom Vertrauen der breiten Massen im Lande, das widerspenstige Parlament in Schach zu halten vermochte. Das Volk ist sich zwar der schweren Finanzkrise wohl bewußt, aber es sah in Flandin keinen zweiten Poincaré. Dieser riß bekanntlich im Jahre 1926 Frankreich von dem drohenden Abgrund einer Währungskatastrophe zurück, indem er den Franken stabilisierte und Ordnung in den zerrütteten Staatshaushalt brachte. Er konnte dieses ungeheure Werk nur vollbringen, weil Frankreich an ihn glaubte!

Die Lage der französischen Finanzen ist, wenn auch in manchen Punkten eine gewisse Aehnlichkeit mit der Krise von 1926 festzustellen ist, bei weitem nicht so besorgniserregend wie vor acht Jahren. Die Golddeckung ist um ein vielfaches größer als im Jahre 1926. Sie beträgt heute noch, trotz der Goldabgänge der letzten acht Tage, 80 Prozent, während nach dem Gesetz die Währung mit 35 Prozent hinreichend gedeckt ist. Warum ist der Franken dennoch gefährdet? Die Hauptgründe liegen einerseits in dem unausgeglichenen Staatshaushalt, der am Ende des Jahres mit einem wahrscheinlichen Fehlbetrag von zwölf Milliarden Franken abschneidet und andererseits in dem Mißtrauen, das die Bevölkerung der Regierung entgegenbrachte. Die Oeffentlichkeit fragte sich ängstlich, ob die Regierung überhaupt imstande sei, die finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden. Die Befürchtung allein, daß das Geld, was man dem Staat in Form von kurzfristigen Anleihen zur Verfügung stellt, nicht mehr sicher sein könnte, genügt, um eine Krise heraufzubeschwören. Und wenn diese Stimmung von gewissen Kreisen, die an einer Abwertung Interesse haben, künstlich noch vergrößert wird und dazu auch noch eine Massenflucht von Gold einsetzt, dann kann selbst eine Währung mit dieser Deckung erschüttert werden.

Die Inhaber von Staatsrenten und die unzähligen kleinen Sparer und damit die große Masse des Volkes sind selbstverständlich schärfste Gegner einer Abwertung, da sie dadurch nur verlieren können. Auch die Regierung Flandin und die überwiegende Mehrheit des Parlamentes stimmte darin überein, daß eine Abwertung des Franken eine geradezu katastrophale Wirkung in allen Bevölkerungsschichten verursachen würde. Man war sich vor allem darin einig, daß die Spekulationsmanöver, die den Bestand der Währung in Frage stellen, mit allen Mitteln verhindert werden mußten. Die Bank von Frankreich hat den Diskontsatz in wenigen Tagen von 2½ auf 6 Prozent erhöht.

In der letzten dramatischen Kammersitzung stand nicht die Abwertung auf dem Spiel, sondern das Schicksal einer Regierung, die ganz außerordentliche Vollmachten vom Parlament zur Bekämpfung der Finanzkrise verlangte. Flandin glaubte die Ordnung des Staatshaushalts und die Verteidigung der Währung nur unter Ausschaltung des Parlaments durchführen zu können. Aber die Kammer war stärker als Flandin. Er verlor die Schlacht, trotz der Unterstützung Herriots und des bereits erfolgten Rücktritts des Finanzministers Germain-Martin. Die Mehrheit des Parlaments, darunter der größte Teil der radikalsozialen Fraktion, machte Flandin den Vorwurf, daß er in den sieben Monaten seiner Amtszeit nicht die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzkrise getroffen habe. Die Regierung habe, so behauptet man in den parlamentarischen Kreisen, als sie das Parlament vor drei Monaten in die Ferien schickte, die Wahrheit über die tatsächliche Lage verschwiegen. Aus diesem Grunde stimmten die Radikalsozialen gegen die Regierung, obwohl sie, wie die meisten Abgeordneten, grundsätzlich mit dem Ermächtigungsgesetz einverstanden waren. Das Parlament nahm bittere Rache. Bei der Rechten, die sich ebenfalls zum Teil gegen das Gesetz erklärte, dürfte die feindliche Einstellung Flandins zu der Doumergueschen Staatsreform ausschlaggebend gewesen sein.

Fernand Bouisson, der als langjähriger Präsident der Kammer mit den parlamentarischen Gepflogenheiten aufs beste vertraut ist, hat die neue Regierung gebildet. Seine Absicht nach dem Vorbild Belgiens eine Regierung des nationalen Zusammenschlusses zur „Verteidigung des Franken" zu bilden, scheiterte an dem Widerstand der Sozialisten. Bouisson hatte der Partei Leon Blums einige Ministersessel in dem neuen Kabinett angeboten. Die Sozialisten verweigerten aber ihre Mitarbeit mit der Begründung, daß sie unmöglich in einer Regierung mit „faschistischen Tendenzen" sitzen könnten. Angesichts der radikalen Haltung der Sozialisten, die in der roten Einheitsfront brüderlich vereint mit den Kommunisten gegen den drohenden „französischen Faschismus" kämpfen, war diese Absage keine große Ueberraschung. Immerhin ist doch neben einem Neusozialisten der Sozialdemokrat Frossard in die Regierung eingetreten. Wenn er auch seine Fraktionsbindung aufgelöst hat, so behält er doch einen gewissen Einfluß bei seinen Freunden. Den Hauptstützpunkt bildet natürlich die Radikalsoziale Partei, welche die größte Anzahl von Vertretern im Kabinett hat. Die Ministerliste weist zehn Mitglieder der vorigen Regierung auf, in erster Linie den „unabsetzbaren" Außenminister Pierre Laval, die drei Minister der Wehrmacht und die beiden Staatsminister Herriot und Marin. Von großer Bedeutung ist es natürlich, daß es Bouisson gelungen ist, den hervorragenden Finanzspezialisten Caillaux als Finanzminister zu gewinnen. Die französische Politik dürfte durch den Regierungswechsel kaum eine wesentliche Aenderung erfahren.

Die neue Regierung wird alle Maßnahmen ergreifen, die zur Verteidigung der Währung notwendig sind. Ob es ihr gelingt, die Finanzschwierigkeiten zu überwinden, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall wird sie vom Parlament dasselbe Ermächtigungsgesetz fordern, an dem Flandin scheiterte. Nur dann ist Aussicht vorhanden, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen und die Währung zu sichern. Schärfster Kampf gegen die Finanzkrise, Sicherung des Franken und Wiederherstellung des Vertrauens in der Oeffentlichkeit werden die Hauptaufgaben sein, die das Kabinett Bouisson zu bewältigen hat.

Die wichtigsten Sportereignisse.

In den Vorschlußrundenspielen um die deutsche Fußballmeisterschaft siegten Schalke 04 über Polizei Chemnitz, und VfB Stuttgart über VfL Benrath, sodaß das Endspiel Schalke 04 und VfB Stuttgart bestreiten.

Die deutsche Handballelf besiegte in Den Haag Holland mit 15:2.

Im Deutschlandflug siegte die Klemm-Staffel Danzig.

Gisela Mauermeyer stellte einen neuen Diskus-Weltrekord auf.

Vor den Flottenbesprechungen mit England.

Abflug der deutschen Delegation nach London.

DNB **Berlin**, 2. Juni.

Die deutsche Delegation für die Londoner Flottenbesprechung ist am Sonntag kurz nach 12 Uhr von dem Tempelhofer Flughafen nach London gestartet. Botschafter von Ribbentrop, Konteradmiral Schuster, Kapitän zur See Kiderlen nahmen in dem Flugzeug „Oswald Boelcke" Platz. In ihrer Begleitung befanden sich u. a. Professor Graf von Dürckheim-Mont Martin, Regierungsrat Schmidt, Attaché Dr. Kordt und der Adjutant Herrn von Ribbentrops, Torner.

Die deutsche Delegation für die deutsch-englischen Flottenbesprechungen traf am Sonntagnachmittag, um 16,15 Uhr mit dem Sonderflugzeug auf dem Amsterdamer Flughafen Schiphol ein, wo sie vom hiesigen Vertreter der Deutschen Lufthansa, M. Fengler, begrüßt wurde. Die Maschine, in der sich die Begleitung der Delegation befand, landete kurze Zeit später. Während die Brennstoffvorräte der beiden Maschinen aufgefüllt wurden, nahm Botschafter von Ribbentrop zusammen mit Konteradmiral Schuster, Kapitän zur See von Kiderlen und den anderen Mitgliedern der Delegation im Flughafen-Restaurant den Kaffee ein. Nach etwa 20 Minuten wurde der Flug, der bei starkem Gegenwind glatt verlaufen war, fortgesetzt.

In London eingetroffen.

£ **London**, 2. Juni.

Die deutsche Abordnung für die Flottenbesprechungen mit der britischen Regierung unter Führung des Botschafters von Ribbentrop traf in zwei Sonderflugzeugen der Lufthansa am Sonntag gegen 17 Uhr auf dem Flugplatz Croydon bei London ein. Zu ihrer Begrüßung hatten sich auf dem Flugplatz der stellvertretende Unterstaatssekretär im Foreign Office, Craigie, sowie Kapitän Danckwerts und von der deutschen Botschaft in London Botschaftsrat Fürst Bismarck und Marineattaché Kapitän Wasner eingefunden.

★

Die am Dienstag in London beginnenden Flottenbesprechungen haben den Zweck, eine Grundlage für ein Einvernehmen zu schaffen, das die allseits, und vor allem in den letzten Tagen gerade von führenden englischen Politikern und hier vor allem von dem kommenden Ministerpräsidenten Baldwin selbst, anerkannte Forderung auf Gleichberechtigung und Sicherheit erfüllt. Dies gilt ebenso vom Landheer wie von der Luftwaffe, schließlich auch von der Kriegsmarine. Die Richtlinie für die Haltung der Reichsregierung ist im Punkt 8 der Friedensrede des Führers vom 21. Mai niedergelegt und erschöpfend interpretiert worden. Der Führer hat ausdrücklich erklärt, daß Deutschland „weder die Absicht noch die Notwendigkeit oder das Vermögen hat, in irgendeine neue Flottenrivalität einzutreten." Damit erledigen sich von vornherein gewisse Auslassungen der englischen Presse. Der Reichskanzler hat darüber hinaus erklärt, daß die deutsche Reichsregierung von sich aus die überragende Lebenswichtigkeit und damit die Berechtigung eines dominierenden Schutzes des britischen Weltreichs zur See anerkennt, daß sie die aufrichtige Absicht hat, alles zu tun, um auch mit England im Frieden zu leben. Das schließt in sich, daß Deutschland von sich aus darauf bedacht sein muß, alles Notwendige zu tun, damit die deutschen Küsten und Häfen jederzeit geschützt sind, und darin liegt bereits der wesentlichste Beitrag Deutschlands auf der Basis von Gleichberechtigung und Sicherheit.

Reichsinnenminister Dr. Frick zur Kirchenfrage.

„Auch sie wird gelöst werden, so oder so."

:: **Erfurt**, 2. Juni.

Auf der Festtagung des Thüringer Gauparteitages hielt Reichsinnenminister Dr. Frick eine Rede, die besonders durch die Ausführungen zur Kirchenfrage bemerkenswert war.

Dr. Frick wies zunächst auf drei große Tatsachen hin: die Schaffung des deutschen Einheitsstaates, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Wiedergewinnung der deutschen Unabhängigkeit und der deutschen Wehrfreiheit. „Aber nicht, um Krieg zu führen", so fuhr Dr. Frick fort, „haben wir unsre Wehrfreiheit wiedererlangt, sondern um den Frieden zu bewahren, einen Frieden in Ehren und Gleichberechtigung."

Dr. Frick warnte dann vor den „150prozentigen Nationalsozialisten". „Ich behaupte", so sagte er, „daß in diesen Leuten eine große Gefahr liegt. Sie sind wirkliche Saboteure der nationalsozialistischen Revolution. Wir selbst wissen es genau, daß noch große Probleme gelöst werden müssen, und daß wir vieles erst angefaßt, aber noch nicht vollendet haben. Aber wir wissen auch, daß Rom nicht an einem Tag erbaut worden ist. So wenig die Judenfrage mit eingeworfenen Fensterscheiben gelöst werden kann, so wenig läßt sich auch der Kirchenstreit mit dem Polizeiknüppel lösen. Wir brauchen zu all diesen Fragen Zeit. Das Wichtigste ist, daß unsre Jugend in nationalsozialistischem Geist erzogen wird.

Ich sprach eben von der Kirche. Es ist das eine unangenehme und schwierige innerpolitische Frage. Aber ich darf Ihnen versichern: auch sie wird gelöst werden, so oder so. (Beifall.) Grundsätzlich möchte ich sagen: Partei und Staat mischen sich nicht ein in Glaubensangelegenheiten. Da ist absolut das friderizianische Rezept maßgebend, daß jeder nach seiner Fasson selig werden kann.

Aber eifersüchtig werden wir darüber wachen, daß die Kirche ihren Kirchenbezirk nicht überschreitet.

Die Aufgabe der Kirchen ist die Seelsorge, nicht aber ist es ihre Aufgabe, auf das politische Gebiet überzugreifen. Und hier werden wir unerbittlich sein. Man kann dem nationalsozialistischen Staat nicht vorwerfen, daß er seinem Grundsatz in dem Parteiprogramm vom Jahr 1920 untreu geworden sei, der da lautet, daß die Partei eintritt für ein positives Christentum.

Der nationalsozialistische Staat ist absolut bereit, mit den christlichen Kirchen zusammenzuarbeiten; aber es ist eine Selbstverständlichkeit, daß auch die Volksverbundenheit der Kirchen da sein muß, das heißt: auch die Kirche muß sich volksverbunden fühlen und darf niemals in einen Gegensatz zur nationalsozialistischen Staatsführung kommen.

Denn, wenn sich die Kirche nicht volksverbunden fühlt, dann besteht kein Grund mehr dafür, daß der Staat in einem so engen Verhältnis zur Kirche bleibt, wie das bisher der Fall ist. Das bedeutet aber dann eine klare Scheidung von Kirche und Staat. Ich darf aber mit Freude feststellen, daß gerade im Lande Thüringen diese Volksverbundenheit der evangelischen Landeskirche in einem Maße vorhanden ist wie sonst vielleicht nicht in Deutschland."

Zum Schluß führte Dr. Frick aus: „Es gab in Deutschland keinen Kaiser und keinen König, der jemals eine Macht in seiner Hand vereinigt hätte wie unser Führer Adolf Hitler. Er gab auch in Deutschland seit tausend Jahren keine Regierung, die das deutsche Volkstum so bedingungslos und so ausschließlich zum Mittelpunkt und zum Angelpunkt ihrer ganzen Politik gemacht hat wie die Regierung Adolf Hitlers. Den Erfolg sehen wir auch bei den Wahlen, die außerhalb des Reichs unter deutschen Volksgenossen stattgefunden haben." Dr. Frick schloß mit einem Sieg-Heil auf den Führer.

Zum Schluß der Festtagung sprach Reichsleiter Rosenberg.

Wie die polnische Presse meldet, befinden sich in Nordfrankreich etwa 1000 polnische Arbeiter in schwerster Notlage, da ihnen die Arbeitsberechtigung genommen ist und Arbeitslosenunterstützungen nicht gezahlt werden. Sie warten auf ihre Abbeförderung nach Polen, besitzen aber keinerlei Mittel, um ihren Unterhalt zu fristen.

Schweiz lehnt „Kriseninitiative" ab.

Eine entscheidungsschwere Volksabstimmung.

DNB **Bern**, 2. Juni.

Das Schweizer Volk verwarf in der heutigen Abstimmung mit rund 566 000 Nein-Stimmen gegen 426 000 Ja-Stimmen das von sozialistischen und gewerkschaftlichen Kreisen ausgegangene Volksbegehren, das die Aufnahme eines neuen Artikels in die Bundesverfassung forderte. Die Gegner der sogenannten Kriseninitiative beriefen sich bei ihrem Kampf gegen die Vorlage hauptsächlich darauf, daß die Durchführung aller geforderten Maßnahmen die finanzielle Tragfähigkeit des Staates überschreiten und die Oberhoheit der Kantone beeinträchtigen würde. 18 Kantone verwarfen die Vorlage, vier Kantone nahmen sie an. Die Stimmbeteiligung betrug 84 v. H.

Mit der Ablehnung der Vorlage entfallen alle sowohl im Inland wie hauptsächlich im Ausland an das Problem Währung und Preisbildung in der Schweiz geknüpften Kombinationen.

★

Mit dem gestrigen Tage hat ein Kampf seinen Abschluß und seine Entscheidung gefunden, der wie kaum eine andere öffentliche Frage in der letzten Zeit das Schweizervolk durch eine schwere innerpolitische, die Eidgenossenschaft in zwei große Lager zerspaltende Fehde aufgewühlt hat. Die Abstimmung über die „Kriseninitiative" war eine Angelegenheit, die die Lebensinteressen eines jeden einzelnen in irgendeiner Weise berührte. Bei dem Volksbegehren handelt es sich um das Bestreben der Sozialisten und einiger bürgerlicher Linksgruppen, der Verfassung einen Artikel anzuhängen, wonach der Bund gegen die Wirtschaftskrise solche Maßnahmen ergreifen sollte, daß dadurch „für alle Schweizer Bürger eine ausreichende Existenz gesichert wird." Die Gegner dieser Gesetzesvorlage, durch deren Annahme dem Staat neue, unbekannte Millionensummen an Ausgaben entstanden wären, führten den Kampf erfolgreich mit dem Hinweis auf die von den Sozialdemokraten mit ihren utopischen Forderungen in Gefahr gebrachte Währung. Der Franken wäre bei einem positiven Votum für die Kriseninitiative nicht mehr auf seinem gegenwärtigen Stand zu halten gewesen. Da keine Möglichkeit bestanden hätte, die Mittel für das vorgeschlagene Programm auf dem Steuer- oder Anleihewege aufzubringen, wäre bei Annahme der „Kriseninitiative" praktisch nur der Weg der Inflation, der Aushöhlung des Frankenwertes von innen heraus übrig geblieben.

Mordandrohung als Kampfmittel.

„Nur gleich den Sarg mitbringen".

DNB **Basel**, 2. Juni.

In den letzten Tagen haben Bundesregierung, bürgerliche Parteien, Banken und Einzelpersonen nochmals einen ganz konzentrischen Angriff gegen die am Sonntag zur Abstimmung gelangte Kriseninitiative unternommen, um angesichts der Zuspitzung und Beunruhigung, die die finanzielle Lage der ganzen Welt erfahren hat, das Schweizer Volk vor Beschlüssen zu bewahren, die ihm teuer zu stehen kommen würden.

Bevor Bundespräsident Minger am Himmelfahrtstag sich nach dem Wallis begab, um in Brig zu sprechen, ging ihm ein Brief zu, in dem gedroht wurde, ihn zu ermorden, wenn er wirklich sprechen werde. Er solle, wenn er dort hinkomme, nur gleich seinen Sarg mitbringen. Die Versammlung, in der sich Bundespräsident Minger u. a. dagegen verwahrte, daß der Bundesrat Abbaupolitik treibe, gab sehr entschieden ihrer Entrüstung über solche ungeheuerlichen Methoden Ausdruck.

Deutsche Kunst und Kultur.

Dr. Goebbels sprach in Weimar.

)(**Weimar, 1. Juni.**

Mit einer feierlichen Kundgebung für deutsche Kunst und Kultur im Nationaltheater wurde am Sonnabend der 10. Gautag der NSDAP Thüringen eröffnet.

Reichsminister Dr. Goebbels führte dabei u. a. aus:

Wir stehen jetzt nahezu 2½ Jahre im Neubauprozeß. Es ist allzu natürlich, daß er auf kulturellem Gebiet ähnlich wie auch auf wirtschaftlichem viel behutsamer vor sich gehen mußte, als das auf anderen Gebieten der Fall ist. Im kulturellen Leben mußten wir den Neubau durchführen, ohne die Fundamente des kulturellen Lebens zu zerstören. Denn wir hatten gewisse traditionelle Reichtümer in Deutschland verantwortlich zu verwalten. Auch mußten wir mit dem Personenvorrat haushälterisch vorgehen. Trotzdem glaube ich, kann man heute bei objektiver Betrachtung des geistig-kulturellen Lebens in dem Vergleich zu dem, was wir vorfanden, von einem grundsätzlichen Wandel sprechen.

Die deutsche Presse

fanden wir in einem vollkommen anarchischen Zustand vor. Jeder schrieb was er wollte, ohne Rücksicht auf die Interessen und Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes zu nehmen. Es war selbstverständlich geworden, daß, wenn eine deutsche Regierung auch nur das Wagnis unternommen hätte, etwas gegen den Versailler Vertrag zu versuchen, es in Deutschland Zeitungen gab, die diese Versuche sofort dem Auslande denunzierten. Der Jude war der Träger dieses journalistischen Verfalls in Deutschland. Unter dem Motto Meinungsfreiheit nahm er sich die Freiheit heraus, über alle Dinge des öffentlichen Lebens sein zersetzendes Urteil abzugeben. Wir haben durch ein grundsätzliches Gesetz hier Wandel geschaffen, wobei wir den Presseberuf an den Staat banden. Er hat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten, die er mit dem höchsten Verantwortlichkeitsgefühl zu erfüllen hat. Man kann heute mit Kühnheit behaupten, es gibt wieder eine deutsche Presse, die Organ der deutschen öffentlichen Meinung ist, und diese deutsche Presse wird von Deutschen geschrieben, um die Interessen des deutschen Volkes ganz allein zu vertreten.

Aehnlich liegen die Dinge auf dem

Gebiet des Theaters.

Das Theater hatte die innere Verbindung mit den breiten Massen des Volkstums vollkommen verloren. Von einer Volkskunst konnte überhaupt nicht mehr die Rede sein. Denn während die Millionenmassen draußen um die großen Fragen der Zeit sich erhitzten, während blutige Kämpfe ausgefochten wurden, pflegte das Theater ein Gesellschaftsdrama, von dem man annehmen mußte, daß seine Probleme aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammten.

Auch hier vertraten wir den Standpunkt, daß das Theater nicht eine private Angelegenheit etwelcher Unternehmer sei, sondern daß das Theater der Oeffentlichkeit auch verantwortlich gemacht werden mußte.

Wir haben deshalb durch den Erlaß eines ganz neuen und modern gesehenen Theatergesetzes diese innere Beziehung zwischen Volk und Theater, zwischen Theater und Volksführung wiederhergestellt. Darüber hinaus hielten wir es für heuchlerisch, der Kunst große grundsätzliche Anregungen zu geben, ihr aber nicht die geldlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, um diese Anregungen nun in die Wirklichkeit zu übersetzen.

Wir fanden nun zu unserem Erstaunen, daß unsere Vorgänger, die sich so sehr viel auf ihre liberale Geistigkeit zugute hielten, auf dem Posten, für den wir bis jetzt bereits eine Summe von 12 bis 14 Millionen RM. im Reichshaushalt ausgeworfen haben, keine Summe stehen hatten, d. h. also, für sie war das Theater nur eine Angelegenheit der Polizei oder bestenfalls noch der Bühnenfeuerwehr (Heiterkeit).

Durch die Einrichtung der Reichsdramaturgie haben wir eine Konzentrierung des geistigen Schaffens in Deutschland einzuleiten versucht.

Viel schwieriger lagen die Dinge auf dem

Gebiet des Films.

Er war in die Hände von Geschäftsleuten geraten, die im Film nur ein Geschäftsobjekt sahen. Noch mehr als das Theater hatte der Film die Nähe der Zeit und die Nähe zum Volk verloren. Hier mußten wir von Grund auf reformierend eingreifen. Durch die Gründung der Reichsfilmkammer haben wir eine neue Basis geschaffen. Wir haben auch hier durch Einrichtung einer Reichsfilmdramaturgie die geistigen Anregungen zu konzentrieren versucht, die von seiten des Staates und von seiten der Bewegung aus an den Film herangetragen werden sollten. Auf der anderen Seite aber haben wir versucht, wenigstens in einigen Standardwerken den Willen des neuen Deutschlands auch filmkünstlerisch in Erscheinung treten zu lassen. Diese Standardwerke sind in Arbeit, und wir erhoffen uns sehr viel davon.

Viel leichter lagen die Dinge ueim

Rundfunk.

Heute ist der Rundfunk das wichtigste politische Aufklärungsinstrument, das die Regierung besitzt. Es ist heute im besten Sinne des Wortes ein Volksfunk. Am Rundfunk hat das Volk erlebt, wie die Stimme des Führers sich für das Recht, die Souveränität und die Gleichberechtigung des deutschen Volkes der ganzen Welt gegenüber einsetzte.

Ungleich viel schwieriger, wenn nicht am allerschwierigsten, lagen die Dinge auf dem

Gebiete der bildenden Kunst und der Musik.

Hier hatten sich der Kunstbolschewismus und die Atonalität breit gemacht, durch die die deutschen Talente jahrelang unterdrückt und mundtot gemacht wurden. Man braucht heute nur im Dresdener Rathaus die sogenannte Schreckenskammer zu besuchen, um festzustellen, welcher Unfug in Deutschland seit 1918 gemalt und plastisch dargestellt worden ist. Der Nationalsozialismus ist eine moderne Lebensauffassung. So modern er in seinen Ideen ist, so modern müssen die Formen sein, in denen er seine Ideen zur Darstellung bringt. Der Nationalsozialismus hat ebensowenig mit Hypermodernismus zu tun, wie er zu tun hat mit reaktionären Bestrebungen.

Wenn ich zum Schluß noch ein paar Worte über den

Umbau des deutschen Schrifttums

sagen darf, so lagen hier ja die Dinge so, daß das deutsche Schrifttum sehr stark vom Judentum repräsentiert wurde. Auch hier haben wir mitleidlos den geistigen Salonbolschewismus ausgeräumt. Die Tatsache, daß es uns schon im Jahre 1934 und auch jetzt im Jahre 1935 möglich war, die großen Preise der Nation an junge nationalsozialistische Dichter zu verleihen, ist Beweis dafür, daß wir mit allen Hoffnungen der dichterischen Zukunft entgegenschauen dürfen. Wenn einmal die Jugend aus der Bewegung selbst nachrückt, dann dürfen wir überzeugt sein, daß auch das deutsche Schrifttum das revolutionär geprägte Gesicht erhält, das es in Uebereinstimmung bringt mit dem Gesicht der Zeit selbst.

Lassen Sie mich diese taktischen und methodischen Maßnahmen ins Grundsätzliche erheben.

Die Kultur ist für den Nationalsozialisten ein Ausdruck seines Volkstums, ja sie ist der plastische Ausdruck seines Volkstums. Deshalb muß an Kunst und Kultur das ganze Volk teilhaben. Deutsche Kunst und deutsche Kultur können überhaupt nur von Deutschen repräsentiert werden. Deutsche aber, die Kunst und Kultur verwalten, sind damit Hüter des heiligsten Gutes der Nation. Es muß ihre edelste Aufgabe sein, die von ihnen verwalteten und betreuten Güter an das Volk heranzubringen.

Die enge Verbindung zwischen Kunst und Volk wieder zu knüpfen, das wird die große und die entscheidendste Aufgabe unserer kulturellen Führung sein. Denn die Kunst muß zum Volk zurückfinden, damit das Volk zur Kunst findet, sie gewinne und als kostbarsten Besitz fest in seinen Händen halte.

Ein ärztliches Führerkorps.

Eröffnung der ersten Aerzteführerschule.

Die Lebensaufgabe des Arztes.

DNB. **Neustrelitz, 1. Juni.**

Die erste Führerschule der deutschen Aerzteschaft wurde am Sonnabend mittag in Alt-Rehse bei Neustrelitz (Mecklenburg) mit einem festlichen Staatsakt durch den Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, feierlich eröffnet. Die Kundgebung gestaltete sich zu einem machtvollen Bekenntnis zum verantwortungsbewußten deutschen Aerzteführertum und zum unbedingten Einsatz der Medizin im Dienste von Volk und Staat.

Die Aerzteschule ist in ihrer Anlage und Einrichtung inmitten der herrlichen mecklenburgischen Hügel- und Seenlandschaft geradezu ideal zu nennen. Sie soll in 14tägigen Schulungskursen je 10 deutschen in der Praxis stehenden Aerzten über ihr bisheriges fachliches Wissen hinaus das Rüstzeug geben, welches sie als Aerzte im nationalsozialistischen Deutschland in volksgesundheits-politischer Beziehung unbedingt haben müssen. Außerdem dient die Schule der hohen Aufgabe und unbedingten Notwendigkeit, hochqualifizierten Führernachwuchs aus der Jungärzteschaft heranzubilden.

Die benachbarten Dörfer und Ortschaften waren festlich geschmückt. Die Schuljugend stand Spalier und bereitete ebenso wie die Bevölkerung dem Stellvertreter des Führers auf seiner Fahrt begeisterte Kundgebungen. Zu der Eröffnungsfeier waren aus der medizinischen Welt mit Reichsärzteführer Dr. Wagner an der Spitze, fast alle führenden Persönlichkeiten erschienen. So sah man die Dekane fast aller medizinischen Fakultäten, Vertreter der medizinischen Fachschaften der deutschen Universitäten und hervorragende Vertreter der medizinischen Wissenschaft. Außerdem waren zugegen der Leiter des Rassepolitischen Amtes der NSDAP, Dr. Groß, Staatssekretär Dr. Krohn, der Leiter des Sanitätswesens der SA, SA-Obergruppenführer Hocheisen, der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Dr. Reiter. Außerdem hatte das Heer, die Kriegsmarine und Luftwaffe Vertreter entsandt.

Als erster sprach Reichsärzteführer Dr. Wagner. Der Name „Führerschule der deutschen Aerzteschaft", so führte er u. a. aus, umreißt schon das Programm dieser Schule. Es sollen ärztliche Führer herangebildet werden, die vorher schon ihre weltanschauliche Schulung in der Partei erhalten haben. Das neue ärztliche Führertum ist gegründet auf dem Fundament unserer nationalsozialistischen Weltanschauung. Inhalt und Träger der Nation ist im nationalsozialistischen Deutschland das deutsche Volk. Ihm hat der Arzt in erster Linie zu dienen. Dieser geistige Umschwung aber ist nur zu erzielen durch ein ärztliches Führerkorps, das fest und unbeirrt auf dem Boden unserer nationalsozialistischen Weltanschauung steht. Diese ärztliche Führerschaft soll in Alt-Rehse herangebildet werden. Wenn wir heute ein gutes Werk beginnen können, verdanken wir dies neben der Opferwilligkeit unserer Berufskameraden der Tatkraft meines Stellvertreters und alten Freundes Dr. Deuschl.

Nach einer Rede von Dr. Deuschl, dem die Leitung der Schule übergeben wurde, führte der Stellvertreter des Führers u. a. aus, die Vorstellung, die wir vom rechten nationalsozialistischen Arzt haben, ist einfach zu umreißen. Im Mittelpunkt seiner Lebensaufgabe steht das Volk, dessen Gesundheitszustand zu bessern bezw. gut zu erhalten ist sein Streben. Im Patienten sieht er selbstverständlich seinen Volksgenossen und nicht so sehr ein medizinisches Problem oder eine Einnahmequelle. An seinem Teil unterstützt der Arzt das nationalsozialistische Streben nach rassischer Sauberkeit des Volkes. Seine wissenschaftliche Fachbildung ergänzt er durch eine weltanschauliche und charakterliche Haltung, die sich aus der nationalsozialistischen Idee ergibt. In Alt-Rehse wollen wir geistig gesunde Menschen sehen, die voller Verantwortung ihrem Volke und ihrer Wissenschaft gegenüber sind und die ihre Lebensaufgabe in neuer nationalsozialistischer Gestaltung meistern. Eine deutsche Aerzteschaft, wie sie herangezogen werden soll, wird nicht mehr das starre Schema und das Dogma höher stellen als manche alte Ueberlieferung der Volksheilkunst und so eine Kluft aufkommen lassen zwischen Arzt und Volk. Diese Aerzteschaft weiß, daß ein Volk nicht allein mit Medikamenten und Instrumenten gesund erhalten werden kann. Sie weiß, daß Medikamente und Instrumente notwendige Hilfsmittel einer ärztlichen Kunst sind, die — wenn sie Erfolg haben und wirklich Gesundung bringen soll — ausgeübt werden muß von Menschen mit seelischem und geistigem Einfluß auf den Patienten und auf das ganze Volk. Ein solcher Einfluß kann aber nur der ausüben, der in der Verbundenheit mit seinem Volke und nicht in der Abgeschlossenheit eines Studierzimmers die ärztliche Kunst erlernte. — Rudolf Heß schloß mit einem Dank an den Führer, der auch den Aerzten die große und schwierige Aufgabe gestellt hat, über die Betreuung des Einzelmenschen hinaus im Geiste der allumfassenden nationalsozialistischen Idee das deutsche Volk in seiner Gesamtheit weiter gesunden zu lassen und gesund zu erhalten.

Hitler-Jugend und Religiosität.

Baldur von Schirach im Rundfunk.

DNB **Berlin, 2. Juni.**

Der Deutschlandsender veranstaltete am Sonntagvormittag eine deutsche Morgenfeier der Hitler-Jugend, mit der die Reihe der sonntäglichen Weihestunden, die die HJ im Rundfunk gestaltet, eröffnet wurde. Die erste Feier erhielt ihre besondere Bedeutung durch eine Rede des Reichsjugendführers über Hitler-Jugend und Religiosität, die von allen deutschen Sendern übertragen wurde.

Baldur von Schirach wandte sich in seiner Rede zunächst gegen die Kreise, die die Hitler-Jugend als gottlose Bilderstürmer und Ketzer verleumdet hätte. Diese Angriffe hätten jedoch das reine Gewissen der Hitlerjugend nicht berühren können. Wir haben zu tiefen Anteil am wahren religiösen Erlebnis dieser Zeit, so fuhr Baldur von Schirach fort, als daß wir von Menschen beleidigt werden könnten, die trotz aller Vorgabe außerhalb dieses Erlebnisses stehen. Wir alle glauben an einen allmächtigen Gott. Denn wir alle, auch die Jüngsten von uns, sind Zeugen der wunderbaren Wandlung, die unser Volk durch seine Hilfe erfahren hat, der Wandlung von der Ohnmacht und Zerrissenheit zur Kraft und Eintracht. Die Hitler-Jugend will nichts anderes als diese Kraft und Eintracht für alle Zukunft sicherstellen. Indem sie an der Einigung der Jugend arbeitet und alles Trennende vereint in ihrer Gemeinschaft überwindet, wird auch der kleinste Angehörige ein Werkzeug des göttlichen Willens. Das Erlebnis der Kameradschaft und der Einigkeit ist für uns nicht nur ein politisches, sondern auch ein religiöses. Niemand hat das Recht, ein solches Erlebnis mit niedrigen Anwürfen zu beschmutzen, am wenigsten derjenige, der selbst mit religiösen Dingen politische Geschäfte macht. Wir meinen, dem Allmächtigen zu dienen, wenn wir mit unseren jungen Kräften versuchen, Deutschland wieder einig und groß zu machen. Uns erscheint dieser Dienst am ewigen Deutschland wieder als ein wahrer, treuer Gottesdienst.

Baldur von Schirach wandte sich sodann der Frage der konfessionellen Jugendverbände zu und erklärte, die Jugend habe ein Recht, zu fragen, warum die katholische Jugendführung ein Sonderrecht für sich in Anspruch nehmen wolle, das kein anderer Jugendbund in Deutschland mehr haben wolle.

Selbstlos und freudig hätten Tausende von Bünden ihr Eigendasein aufgegeben, um so die Voraussetzungen für das Gelingen des Einigungswerkes der HJ zu schaffen. Der Reichsjugendführer apellierte an das Pflichtgefühl jener konfessionellen Jugendführer, die noch abseits ständen. Er teilte ferner mit, daß er gegen eine Reihe von Verleumdern, Strafanträge stellen werde.

Baldur von Schirach schloß mit dem Gelöbnis, daß die Hitler-Jugend gottverbunden sei wie keine zweite Jugend, daß sie ihre religiöse Haltung von niemand anzweifeln lasse, und daß sie in ihrer Treue zu Gott, zum Führer und zu Deutschland sich von niemand beschämen lassen werde.

Litauen sucht sich zu rechtfertigen.

Mißglückte Verteidigung des litauischen Außenministeriums.

× **Kowno, 1. Juni.**

Der litauische Außenminister Lozoraitis hielt Freitagnachmittag vor dem Offiziersverband in Anwesenheit der Regierungsmitglieder einen außenpolitischen Vortrag. Dabei kam er auch auf die deutsch-litauischen Beziehungen zu sprechen. Er behauptete, Litauen habe stets große Anstrengungen zur Herbeiführung gutnachbarlicher Beziehungen gemacht. An dem ergebnislosen Erfolg treffe Litauen nicht die Schuld. Deutschlands Ablehnung, mit Litauen politische Verträge zu schließen, sei ohne jeden Grund, und die diesbezüglichen Vorwürfe zwängen ihn zu folgender Erklärung:

Litauen erfülle in seiner Eigenschaft als Mitglied des Völkerbundes alle internationalen Verpflichtungen. Von dieser Seite seien Litauen keinerlei Vorwürfe gemacht worden, daß es seine Verträge nicht einhalte. Andere seien für derartige Vorwürfe nicht zuständig. Wenn Deutschland erkläre, die Rechte von 140 000 Deutschen im Memelgebiet wahrnehmen zu müssen, so müsse demgegenüber auf die deutschen Volkszählungen von 1905 und 1925 hingewiesen werden, wo nur von 60 000 Deutschen die Rede sei. Die Rechte der Deutschen im Memelgebiet seien durch den deutsch-litauischen Vertrag von 1928 und durch das Memel-Statut geschützt. Litauen halte die Memelkonvention ein und habe nicht die Absicht, Abänderungen durch einseitige Maßnahmen vorzunehmen (!). Litauen sei nach wie vor bereit, für seine Handlungen sich vor den zuständigen internationalen Instanzen zu verantworten. Unter den heutigen Zivilisationsbedingungen biete der Völkerbund die einzige Möglichkeit zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten. Litauen bekämpfe nicht das Deutschtum im Memelgebiet, sondern die staatsfeindlichen Umtriebe, und zwar auch nur mit gesetzlichen Mitteln. Deutschland habe gegen Litauen die stärksten Druckmittel in wirtschaftlicher, politischer und moralischer Beziehung angewandt. Der Handel sei auf ein Minimum gedrosselt worden. Es richte unberechtigterweise seine ganze Propaganda durch Rundfunk, Presse und dergleichen gegen Litauen. Dies sei überflüssig. Denn Litauen sei bereit, jeden Spruch einer zuständigen internationalen Instanz zu erfüllen, wie auch ein solcher Spruch ausfallen möge. Die deutschen Vorwürfe müsse er allgemein ablehnen. Immerhin enthielten die nationalsozialistischen Grundsätze auch Grundsätze, die von jedem Anhänger des Friedens gebilligt werden müßten. Lozoraitis zitierte eine Reihe von Sätzen aus den 13 Punkten des Führers und Reichskanzlers. Sie enthielten die selbstverständlichen Voraussetzungen für eine gutnachbarliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern und seien eine geeignete Grundlage für gutnachbarliche Beziehungen nicht nur für Litauen und Deutschland, sondern für ganz Europa.

Zum Schluß ging Lozoraitis auf die litauisch-polnischen Beziehungen über und erklärte, Litauen wolle auch mit diesem Nachbarn gute Beziehungen. Er bedauerte, daß es Marschall Pilsudski zu seinen Lebzeiten nicht gelungen sei, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu regeln. Litauen vertrete nach wie vor den Standpunkt, daß weiter nach Mitteln und Wegen für eine Normalisierung der Beziehungen mit Polen gesucht werden müsse.

Die Rede des litauischen Außenministers mit der naiv-dreisten Behauptung, Litauen halte die Memelkonvention ein und denke nicht daran, die Rechte der Memeldeutschen irgendwie zu beschneiden, kann nur als ein Hohn und eine Herausforderung der Weltöffentlichkeit betrachtet werden angesichts der blutigen Verfolgung von Hunderten von Memelländern, die in Grenzen von Recht und Gesetz für ihr deutsches Volkstum eintraten, und angesichts der neuen, bei den Signatarmächten eingereichten Beschwerdeschrift der Memeldeutschen mit der Enthüllung der litauischen Annexionspolitik und im Hinblick auf die Tatsache, daß die Signatarmächte des Memelstatuts zur Zeit über eine neue energische Protestnote an die litauische Regierung beraten, nachdem die schnodderige Antwort aus Kowno auf die offiziellen Vorstellungen im März bei den Unterzeichnermächten als unbefriedigend erklärt worden war. Der Versuch des Herrn Lozoraitis, in der Rolle des Biedermannes die Welt von der „loyalen Vertragstreue" Litauens und der Berechtigung seiner statutenwidrigen Gewaltmaßnahmen zu überzeugen, ist erfolglos, nachdem durch den Kownoer Prozeß die ganze Welt sich ihr klares Urteil darüber bilden konnte, was es mit dem angeblich staatsfeindlichen Umtrieben der memelländischen Bevölkerung auf sich hat. Außerdem haben die Signatarmächte schon vor zweiundeinhalb Monaten die litauische Regierung darüber unterrichtet, daß die Lage im Memelgebiet, die sich in der Zwischenzeit infolge neuer Rechtsbrüche der Litauer (Verschiebung der Landtagswahlen bis zum Herbst, Vorbereitung einer ungeheuerlichen Wahlfälschung, neue Terrormaßnahmen) erheblich verschärft hat, mit dem Grundsatz der gewährleisteten Autonomie unvereinbar ist und daß es Pflicht der litauischen Regierung ist, den augenblicklichen Zustand unverzüglich zu beenden.

Nach den irreführenden Zahlenangaben des litauischen Außenministers über die Bevölkerungszusammensetzung im Memelgebiet würde der deutsche Anteil nur 40 v. H. betragen. Auch diese Behauptung wird durch die Tatsache widerlegt, daß bei der letzten Landtagswahl vom Jahre 1932 die deutsch-memelländischen Parteien 24 von 29 Sitzen des Landtages errungen haben und daß bei der Wahl zur memelländischen Landwirtschaftskammer im Oktober 1933 es den Litauern gelang, von rund 30 Sitzen nur einen einzigen Sitz zu erhalten. Mit den von dem Sprecher der litauischen Regierung beliebten, unehrlichen Propagandamethoden werden sich weder die Signatarmächte übertölpeln lassen, noch können damit die Voraussetzungen für eine Besserung des deutsch-litauischen Verhältnisses geschaffen werden.

Banditen überfallen einen deutschen Gesandten.

Berlin, 1. Juni.

Der deutsche Gesandte in Bogota (Columbien), von Hentig, ist bei einem Ausflug in die Umgegend von Bogota von Banditen überfallen und schwer verletzt worden; Lebensgefahr besteht jedoch nicht. Die columbianische Regierung hat sowohl in Bogota wie in Berlin ihr Bedauern wegen des Vorfalles ausgesprochen und die strenge Bestrafung der Täter zugesichert. Diese sind inzwischen ermittelt worden.

Caillaux Finanzminister im Kabinett Bouisson.

(!) **Paris, 1. Juni.**

In der Liste des Kabinetts Bouisson ist noch eine sehr wesentliche Aenderung eingetreten. Der Radikalsozialist Palmade, der sich zunächst bereiterklärt hatte, das Finanzministerium zu übernehmen, hat später seine Mitarbeit verweigert. An seiner Stelle übernahm der als Staatsminister vorgesehene Caillaux das Amt. Die Gründe, die Palmade zum Verzicht auf das Finanzministerium bewogen haben, sind offiziell noch nicht bekannt. Die Schwierigkeiten des Postens dürften ihm auch schon am Freitag klar gewesen sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ihn das Verhältnis zu Caillaux zum Rücktritt bestimmt hat, deutet „Paris Midi" doch an, daß Caillaux als Staatsminister ohne Geschäftsbereich die eigentliche Finanzpolitik zu führen gehabt hätte, während Palmade die mehr technischen Aufgaben vorbehalten geblieben wären.

Bouisson hatte dem bisherigen Minister der öffentlichen Arbeiten Henry Roy das Landwirtschaftsministerium angeboten. Dieser erklärte jedoch am Samstagvormittag dem Kammerpräsidenten, daß er sich der Aufgabe nicht gewachsen fühle, während er aus alter Freundschaft zu Bouisson sehr wohl bereit gewesen wäre, seinen früheren Posten beizubehalten. Für ihn tritt der Arbeitsminister des Kabinetts Flandin, Jaquier, ein, der gleichfalls zur Radikalen Partei gehört, sodaß die parteimäßige Ressortverteilung unverändert bleibt.

Der Neusozialist Lafont, der das Wohlfahrtsministerium übernommen hat, mußte sich ebenso wie der Altsozialist Frossard von seiner Partei trennen. Die Neusozialisten veröffentlichen am Sonnabend einen Beschluß, demzufolge Lafont nach seinem Eintritt in das Kabinett nicht mehr als Mitglied der neusozialistischen Fraktion gelten könne. Alle diese Veränderungen in den Einzelheiten lassen jedoch den Bestand des Kabinetts unberührt, das am Dienstag seine erste Gesamtsitzung zur Ausarbeitung der Programmrede abhalten und sich dann nachmittags der Kammer vorstellen wird, die möglichst ohne Debatte die Vollmachten erteilen und kurz nach Pfingsten in die Ferien gehen soll.

Der König von England leicht erkrankt.

DNB **London, 1. Juni.**

König Georg ist an einer leichten Erkältung erkrankt. Er war infolgedessen nicht in der Lage, zu einem vom Londoner Grafschaftsrat veranstalteten Jubiläumsempfang am Freitagabend zu erscheinen. Aus Vorsichtsgründen haben die Aerzte dem König geraten, im Hause zu bleiben. Es wird jedoch betont, daß die Erkrankung nicht ernster Natur sei.

Neugliederung des Handwerks.

✓ **Berlin, 2. Juni.**

Die Anordnung des Reichswirtschaftsministers vom 28. März 1935 hatte die Richtlinien gegeben, um dem Handwerk auch in fachlicher Hinsicht einen klaren, nach dem Führergrundsatz und der Facheinheit zweckmäßig gestalteten Aufbau zu schaffen. Diese Richtlinien sind jetzt durch eine neue Anordnung des Reichswirtschaftsministers in die Praxis umgesetzt worden.

Dabei handelt es sich um zweierlei, einmal um die Verminderung der handwerklichen Reichsverbände — statt der früheren über 70 Reichsverbände haben wir nur 51 Reichsinnungsverbände —, zweitens um die Beseitigung der alten Landesfachverbände. Man hat die Landesfachverbände zum größten Teil mit den Reichsinnungsverbänden vereinigt, zum kleineren Teil aufgelöst.

Soweit künftig noch bezirkliche Dienststellen der Reichsinnungsverbänden nötig sind, werden, wie der Reichsstand des deutschen Handwerks zur Neuregelung mitteilt, in den Wirtschaftsbezirken „Bezirksstellen" mit „Bezirksinnungsmeistern" errichtet; diese haben kein eigenes Haushaltsrecht und keine eigene Rechtspersönlichkeit. Im ganzen hören rund 350 Landes- und Bezirks-Fachverbände auf zu bestehen.

In der Wüste verdurstet.

DNB **Paris, 2. Juni.**

Einen furchtbaren Ausgang nahm eine Kraftwagenexpedition in die Wüste Sahara, wie aus Tamanrasset gemeldet wird. Vier Automobilisten hatten am 22. Mai Agadez in Französisch-Ostafrika in der Richtung auf Hoggar verlassen. Als sie nach einigen Tagen nicht an ihrem Bestimmungsort angekommen waren, machte man sich auf die Suche. Nach vieler Mühe gelang es, den Wagen auf einem nicht mehr benutzten Wüstenpfad zu entdecken. Unter dem Wagen lagen zu Skeletten abgemagert und halb wahnsinnig vor Hitze und Durst zwei Reisende. Die anderen beiden hatten zu Fuß eine menschliche Siedlung zu erreichen versucht, sind aber in der Wüste verdurstet. Ihre Leichen wurden gefunden. Es handelt sich um eine 25jährige Engländerin, Witwe eines Fliegers, der erst vor einem Monat gestorben ist, und um einen in der Schweiz wohnenden Engländer, Vater von drei Kindern.

Wenn Deutschland durch den Rundfunk zur Welt spricht.

Bei großen Veranstaltungen — so bei der letzten Rede des Führers — hören wir nach der deutschen Rundfunkübertragung die Stimmen verschiedener Ansager in fremden Sprachen. Einer unserer Mitarbeiter ließ sich von der Reichsrundfunkgesellschaft berichten, wie diese Uebertragungen in anderen Sprachen erfolgen.

Plötzlich tönen auf der deutschen Welle fremde Sprachen. In Englisch teilt ein Ansager mit, daß die Sendung, die wir soeben hörten, nun in Fremdsprachen übertragen werden wird. Als wir, um uns zu unterrichten, wie diese Uebertragung in Fremdsprachen erfolgt, das Haus des Rundfunks aufsuchten, wies man uns zum Kurzwellensender. Und dort wurde unsere Frage: „Wann senden Sie denn in fremden Sprachen?" mit der Feststellung beantwortet: „Ununterbrochen."

Ununterbrochen oder — genauer gesagt— von morgens 6 bis morgens ½5 Uhr sendet der deutsche Kurzwellensender sein Programm in verschiedenen Sprachen in alle Teile der Welt. Das Programm ist in fünf verschiedene Zonen eingeteilt: Südamerika, Südasien, Ostasien, Afrika und Nordamerika, als sechste Zone ist kürzlich versuchsweise auch ein Programm für Mittelamerika eröffnet worden. Diese Programme sind regelrechte Rundfunkprogramme, vor allem mit Musik, aber auch mit Hörspielen, Bücherstunden und Kurzgeschichten.

„In welchen Sprachen senden Sie?" fragten wir. — „Die Sendungen erfolgen in Englisch, Portugiesisch, Spanisch und Holländisch." — „Haben Sie dafür Ausländer engagiert?" — „Nein, beim Deutschen Kurzwellensender arbeiten nur deutsche Ansager."

Es ist nicht einfach gewesen, diese Ansager für Fremdsprachen zu finden. Das Angebot war zwar ungeheuer groß, und dennoch entsprach es nur in den seltensten Fällen den Anforderungen. Denn der Ansager muß ja nicht nur die fremde Sprache völlig akzentfrei beherrschen, er muß auch oft aus dem Stegreif seine Ansage machen und mit den verschiedensten technischen Ausdrücken vertraut sein. So ist es verständlich, daß sämtliche Ansager in fremden Sprachen Deutsche sind, die eben erst aus dem Ausland zurückkamen. Durch die Auslandsvertretungen und Rückwanderer-Beratungsstellen sind sie an den Rundfunk verwiesen worden.

Dort begann dann eine genaue Prüfung. Vor allem muß ihre Stimme geeignet sein für das Mikrophon, und beim Kurzwellensender sind die Anforderungen in dieser Richtung besonders groß. Bei normalen Wellen können auch tiefe Stimmen ganz vorzüglich sein; beim Kurzwellensender sind sie in der Regel unverständlich; hier ist die geeignete Stimmlage etwa die des Bariton oder Tenor. Ist diese Voraussetzung vorhanden, wird die Aussprache kontrolliert und verbessert. Die Leiter der Hörspiele schulen die kommenden Ansager, sie zeigen ihnen, wie man deutlich und akzentuiert spricht. Und schließlich wird auch noch die Sprachbeherrschung genau kontrolliert; hierbei verlassen sich die Herren dieser Abteilung nicht nur auf ihr eigenes Urteil. Wenn beispielsweise ein Ansager für Brasilien eingestellt werden soll, wird die brasilianische Gesandtschaft gebeten, durch einen ihrer Vertreter die Aussprache zu begutachten.

Französische und russische Ansager werden nicht gebraucht. Französisch spielt in den anderen Kontinenten nicht jene überragende Rolle, um zu veranlassen, daß man auch eine eigene französische Sendung vornimmt; die russischen Sendungen sind dadurch gegenstandslos, daß es den Russen von der Sowjetregierung verboten ist, Empfangsapparate für Kurzwellensender zu haben. Nur ganz „zuverlässige Kommunisten" erhalten ausnahmsweise die Genehmigung hierzu; an ihrer Unterhaltung hat der deutsche Rundfunk kein Interesse.

In der Regel spricht der Ansager aus dem Stegreif; die Texte der Sendungen werden von der Reichsleitung fertig geliefert. Nur bei ganz großen Anlässen, so bei der Rede des Führers, wird auch der Wortlaut der Ansage schon vorher in den Fremdsprachen genau festgelegt. Ebenfalls schon übersetzt werden die Tagesnachrichten geliefert.

Das Programm des Kurzwellensenders ist zunächst nur für die Besitzer von Kurzwellen-Empfangsapparaten bestimmt. Darüber hinaus aber gibt es Veranstaltungen, die allen Hörern in der Welt zugänglich gemacht werden sollen. Und auch hier wirkt der Kurzwellensender mit.

Als neulich der Führer sprach, wurde seine Rede zunächst im Wortlaut als Uebertragung aus dem Reichstag gebracht; alle sechs Kurzwellensender wurden eingeschaltet und übertrugen sie. Danach begannen die Uebersetzer mit dem Verlesen der Uebersetzungen in den verschiedenen Sprachen der einzelnen Sektoren. Dieses Programm des deutschen Kurzwellensenders aber hörten nicht nur die Kurzwellen-Empfänger. Zahlreiche ausländische Sendestationen hatten beim Bekanntwerden dieser geplanten Uebertragung sich an den Kurzwellensender gewandt und mitgeteilt: „Wir möchten Ihre Kurzwellensendung empfangen und auf normale Welle für unsere Hörer transponieren."

So ging die Kurzwellenübertragung der Führerrede gleichzeitig über die normalen Wellen der Sender Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Italiens, Nordamerikas, Chiles, Argentiniens, Paraguays, Chinas und Javas die ganze Welt hörte die Führerrede!

Für die Welt ist Deutschland das Land der guten Musik, und so erwarten die Hörer in Java und Australien, in Venezuela und Cuba, in Newyork und Yokohama vor allem Musik, Volkslieder, Opern und Operretten.

Briefe von Hörern aus allen Weltteilen beweisen das immer wieder. Sie zeigen vor allem aber, wie unerhört stark deutsche Auswanderer und Deutschstämmige, deren Vorfahren schon in die Fremde zogen, durch diese Sendungen wieder mit ihrer Heimat verknüpft werden. Tausende von Dankschreiben sind bei der Reichssendeleitung eingegangen. Gerade in ihrer Ursprünglichkeit zeigen sie, von welcher uns kaum vorstellbaren Wirkung der Empfang deutscher Sendungen für jene ist, die Welten und Meere von ihrer Heimat trennen.

Aus Texas kam folgendes Schreiben, das besser als jede Erklärung die große kulturhistorische Bedeutung dieser Sendungen beweist: „Obgleich ich schon viel in Deutsch verlernt habe und die Fremde mir schon längst alte Sitten und Gebräuche genommen hat, und ich schon seit langem amerikanischer Staatsbürger bin, — die alte Heimat hab ich halt doch nicht vergessen. Und wenn ich so Volkslieder direkt von der alten Heimat höre, und mit ihnen alte Erinnerungen und Landschaften an mir vorüberziehen, so überkommt mich ein Gefühl, daß Sie nie verstehen werden, weil Sie es nicht selbst erleben, und ein herzliches „Danke schön" ist alles was ich Ihnen sagen kann."

Aber nicht nur die Deutschen, die im Ausland leben — die ganze Erde hört mit. Aus Philadelphia kam eine Karte: „Heute nacht hatte ich die Freude, die Rede von Reichskanzler Hitler auf Englisch zu hören." — In alle Welt trägt der Kurzwellensender deutsche Gedanken, deutsches Kulturgut.

Zur Förderung der Mütter-Erholungsfürsorge in Heimen hat der Reichs- und preußische Arbeitsminister einen Betrag von mehr als 200 000 RM zur Verfügung gestellt. Die Mittel sind ausschließlich für die Durchführung von Kuren bestimmt.

Das Salzburger Schwurgericht hat den Anton Poschacher aus Zell am See auf Grund des Sprengstoffgesetzes zum Tode durch den Strang verurteilt.

Die Musterung und Aushebung 1935.

Die Dienstpflichtigen des Jahrganges 1914 sind zur aktiven Dienstpflicht, die des Jahrganges 1915 zum Arbeitsdienst bestimmt. – Zurückstellung aus häuslichen, wirtschaftlichen oder beruflichen Gründen möglich.

Verordnung des Reichskriegs- und Reichsinnenministers.

DNB **Berlin**, 2. Juni.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 56 vom 1. Juni 1935 enthält die vom Reichskriegsminister v. Blomberg und vom Reichsminister des Innern Frick unterzeichnete „Verordnung über die Musterung und Aushebung 1935", die nachfolgend auszugsweise wiedergegeben wird:

In der Einführung über „Umfang und Zweck der Musterung und Aushebung 1935" wird im § 1 über den Personenkreis nochmals festgestellt, daß zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht die Dienstpflichtigen des Jahrganges 1914, in Ostpreußen auch die des Jahrganges 1910, herangezogen werden. Zum Arbeitsdienst sind die Dienstpflichtigen des Jahrganges 1915 bestimmt.

§ 2 (Musterung): Die Dienstpflichtigen werden in der Zeit von Anfang Juni bis 15. August, in der entmilitarisierten Zone bis 31. August, gemustert.

§ 3 (Aushebung): Die wehrfähigen Dienstpflichtigen des Jahrganges 1915, die noch nicht 26 Wochen Arbeitsdienst geleistet haben, stehen in der Zeit vom Herbst 1935 bis zum Herbst 1936 dem Arbeitsdienst zur Verfügung. Ueber ihr Heranziehen zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht wird durch die Aushebung im Jahre 1936 entschieden.

Erster Teil: Wehrpflicht.

In § 4 (Umfang der Gestellungspflicht) heißt es im Absatz 2, daß von der Verpflichtung, sich zur Musterung zu gestellen, die Dienstpflichtigen befreit sind, die zur Zeit der Musterung in der Wehrmacht oder Landespolizei aktiv dienen oder freiwilligen Arbeitsdienst leisten.

§ 7 (Wohnsitzwechsel) bestimmt, daß ein Dienstpflichtiger, der vor der endgültigen Entscheidung über die Heranziehung zum Wehrdienst seinen Wohnsitz wechselt, dies zur Berichtigung des Personalblattes bei der polizeilichen Meldebehörde innerhalb von drei Tagen anmelden muß. Verzieht ein Dienstpflichtiger während der Musterung in einen Bezirk, in dem die Musterung schon durchgeführt ist, so beantragt die polizeiliche Meldebehörde seine außerzeitliche Musterung.

§ 8 (Krankheit, Versäumung) bestimmt, daß ein durch Krankheit an der Gestellung zur Musterung verhinderter Dienstpflichtiger ein Zeugnis des Amtsarztes einzureichen hat.

Die Versäumung einer Gestellungspflicht entbindet nicht von der Gestellungspflicht.

§ 9 (Befreiung von der Gestellung). Die Kreispolizeibehörde kann völlig Wehruntaugliche (Geisteskranke, Krüppel usw.) auf Grund eines Amtsarztzeugnisses von der Gestellung zur Musterung befreien. Sie kann ferner auf Antrag schiffahrttreibende Dienstpflichtige von der ordentlichen Musterung befreien.

§ 10 besagt, daß Dienstpflichtige, die ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland haben, zum Wehrdienst im Jahre 1935 noch nicht herangezogen werden.

§ 11 enthält Strafvorschriften für diejenigen, die ihrer Gestellungspflicht nicht oder nicht pünktlich nachkommen. Absatz 2 sagt, daß ein Dienstpflichtiger, der seiner Gestellungspflicht nicht rechtzeitig nachkommt, mit polizeilichen Zwangsmaßnahmen hierzu angehalten werden kann.

Zweiter Teil: Wehrdienst.

Im zweiten Abschnitt (Wehrdienst) heißt es bei § 12 (aktiver Wehrdienst): Die Erfüllung der aktiven Dienstpflicht der im Herbst 1935 in das Heer und die Luftwaffe einzustellenden Dienstpflichtigen rechnet vom 1. Oktober 1935 ab mit der Maßgabe, daß auch Dienstpflichtige, die noch bis zum 31. Dezember 1935 eingestellt werden, als am 1. Oktober 1935 eingestellt gelten.

§ 13 (Ableistung des aktiven Wehrdienstes in der Kriegsmarine): 1. Im Küstendienst (Land) gilt die aktive Dienstpflicht durch die neunmonatige Dienstzeit als erfüllt; 2. Dienstpflichtige der seemännischen und halbseemännischen Bevölkerungen werden zur Ableistung der aktiven Dienstpflicht in der Kriegsmarine herangezogen. In den folgenden Absätzen wird im einzelnen bestimmt, wer der seemännischen bezw. der halbseemännischen Bevölkerung angehört.

§ 14 (Aktiver Wehrdienst in der Luftwaffe): Dienstpflichtige der fliegerischen Bevölkerung werden zur Dienstpflicht in der Luftwaffe herangezogen. In folgenden Absätzen wird erklärt, wer hierzu gehört, so u. a. die Angehörigen des Deutschen Luftsportverbandes, das Personal der Luftverkehrsgesellschaften und der Luftfahrtindustrie usw.

§ 15 (Bestimmungen über die Ersatzreserve): Die Ersatzreserve gliedert sich in die Ersatzreserve I und II. In die Ersatzreserve I werden die als überzählig zurückgestellten Tauglichen überführt, über die dahin entschieden ist, daß sie nicht mehr zum aktiven Wehrdienst herangezogen werden. Der Ersatzreserve II sind die beschränkt Tauglichen und alle übrigen Wehrpflichtigen zuzuweisen.

Im

Abschnitt 3 (Wehrfähigkeit)

wird im § 16 festgestellt: Wehrfähig ist der Dienstpflichtige, der a) wehrwürdig ist, b) „tauglich 1", „tauglich 2" oder „bedingt tauglich" ist oder c) nicht unter Wehrpflichtausnahmen fällt, d) nicht zurückzustellen ist.

§ 17 behandelt die Frage der „Wehrunwürdigkeit" und der vom Reichskriegsminister zuzulassenden Ausnahmen hierzu.

§ 18 behandelt „Wehrpflichtausnahmen" und bezeichnet als solche a) völlig untaugliche Dienstpflichtige, b) Dienstpflichtige römisch-katholischen Bekenntnisses, die die Subdiakonatsweihe erhalten haben.

§ 19 (Arische Abstammung) bestimmt, daß arische Abstammung eine Voraussetzung für den aktiven Wehrdienst und Arbeitsdienst ist. Als nichtarisch gilt, wer von nichtarischen jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Wehrfähige Dienstpflichtige nichtarischer Abstammung, die innerhalb von zwei Wochen nach dem Musterungstage keinen Antrag auf Heranziehung zum aktiven Wehrdienst einreichen, sind der Ersatzreserve II zu überweisen. Dienstpflichtige arischer Abstammung haben bei der Musterung eine Erklärung über ihre Abstammung schriftlich abzugeben. Diese Erklärung ist im Wortlaut im § 19 wiedergegeben.

§ 20 behandelt die Zurückstellungsgründe a) wegen Ueberzähligkeit, b) wegen zeitlicher Untauglichkeit, c) wegen schwebenden Verfahrens, das von Einfluß auf die Wehrwürdigkeit sein kann, d) aus besonderen häuslichen, wirtschaftlichen oder beruflichen Gründen.

§§ 21, 22, 23, 24, 25, 26 und 27 enthalten die Einzelheiten für diese Zurückstellungsgründe und ihre Möglichkeiten. § 25 dürfte besonders großes Interesse beanspruchen. Er enthält die Zurückstellungsmöglichkeiten aus häuslichen, wirtschaftlichen oder beruflichen Gründen und bezieht sich u. a. auf diejenigen, die die einzigen Ernährer ihrer Familien sind usw. Die Verheiratung eines Dienstpflichtigen, so heißt es im § 27, ist allein kein Zurückstellungsgrund.

Ersatzwesen.

Abschnitt 1 behandelt den Aufbau des Ersatzwesens und die Aufgliederung in die Wehrersatzbezirke. In §§ 31, 32 und 33 wird das Ersatzwesen in der entmilitarisierten Zone geregelt.

Abschnitt 2 bestimmt das Erfassungswesen. Dieser Abschnitt bezieht sich vor allem auf die Vorbereitung zur Musterung, ihren Zweck, die Bildung des Musterungsstabes und den Musterungsplan. Er enthält auch Bestimmungen über die Art der zu erfolgenden Bekanntmachung der Musterung und des Gestellungsaufrufes und die vom Dienstpflichtigen mitzubringenden Personalpapiere. In diesem Abschnitt wird auch der Gang des Musterungsverfahrens und die Untersuchung auf Wehrtauglichkeit genau beschrieben. In Bezug auf die ärztliche Untersuchung wird im § 47 (7) erklärt, daß Täuschungsversuche nach § 143 des Reichsstrafgesetzbuches bestraft werden.

Im § 48 (Entscheid des Wehrbezirkskommandeurs) heißt es u. a., daß der Wehrbezirkskommandeur nach den Feststellungen und Vorschlägen der Kreispolizeibehörde und nach dem Ergebnis der ärztlichen Untersuchung über Wehrfähigkeit, zeitliche Untauglichkeit oder Zurückstellung aus anderen Gründen sowie Untauglichkeit zu entscheiden hat.

Benachrichtigung spätestens Anfang Oktober.

Die wehrfähigen Dienstpflichtigen des Jahrganges 1914 (in Ostpreußen auch 1910) erhalten den vorläufigen Bescheid, daß über die Heranziehung zum aktiven Wehrdienst erst durch die Aushebung entschieden wird und daß sie hierüber spätestens Anfang Oktober schriftlich benachrichtigt werden. Gehören sie jedoch der seemännischen und halbseemännischen Bevölkerung an, so werden sie schon bei der Musterung als zunächst überzählig zurückgestellt, da der Bedarf der Kriegsmarine für den Herbst 1935 bereits gedeckt ist.

Die wehrfähigen Dienstpflichtigen des Jahres 1915, die noch nicht 26 Wochen Arbeitsdienst geleistet haben, erhalten außerdem einen Bescheid über ihre Heranziehung zum Arbeitsdienst vom Leiter des Meldeamtes für den Arbeitsdienst.

Im § 49 (Bekanntgabe und Beurkundung des Entscheides) heißt es im Absatz 2: Lautet der ärztliche Entscheid auf „tauglich 1", „tauglich 2" oder „bedingt tauglich", so ist unter Berücksichtigung des Vorschlages des ersten Arztes und des Berufes in der Personalkarte die besondere Eignung oder Nichteignung für einen oder mehrere Wehrmachtteile und Waffengattungen beizufügen. Es kommen in Frage:

a) bei dem Heer: Infanterie, Kavallerie, bespannte leichte Artillerie, bespannte schwere Artillerie, motorisierte leichte Artillerie, motorisierte schwere Artillerie, Kraftfahrkampftruppe, Pioniere, Nachrichtentruppe, Kraftfahrtruppe, Sanitätstruppe.

b) bei der Kriegsmarine: Küstendienst (Land), Küstendienst (See).

c) bei der Luftwaffe: Fliegertruppe, Flakartillerie, Luftnachrichtentruppe. Der tauglich befundene Dienstpflichtige kann sich freiwillig zur Aushebung unter Angabe eines Wehrmachtteiles und einer Waffengattung melden. Ein Recht auf eine seinem Antrag entsprechende Einteilung erwächst ihm dadurch nicht. Der Wunsch ist vorzumerken.

§ 51 (Beschwerde) besagt: Gegen die Entscheidungen des Wehrbezirkskommandeurs mit Ausnahme derjenigen, die sich auf die Tauglichkeit und die Verteilung auf Wehrmachtteile und Waffengattungen beziehen, kann der Dienstpflichtige schriftlich Beschwerde bei der Kreispolizeibehörde einlegen, die mit einer Stellungnahme dem Wehrersatzinspekteur zur Entscheidung im Einvernehmen mit der höheren Verwaltungsbehörde zuzuleiten ist. Höhere Instanz ist der Wehrkreisbefehlshaber, die letzte Entscheidung trifft der Reichsinnenminister gemeinsam mit dem Reichskriegsminister.

§ 52 behandelt die Nachweisung über das Ergebnis der Musterung, § 53 die Musterung für schiffahrttreibende Dienstpflichtige (Schiffermusterung).

§ 54 (außerzeitliche Musterung) bestimmt, daß außerzeitliche Musterungen stattfinden können für Dienstpflichtige, die in den Musterungsbezirk neu zuziehen, die sich zur ordentlichen Musterung wegen Krankheit oder anderer Gründe nicht gestellt hatten, für Dienstpflichtige, die von See oder aus dem Ausland kommen und bei unvorhergesehenem Ersatzbedarf.

Abschnitt 4 regelt die Ersatzverteilung der Wehrmacht. Im § 56 wird bestimmt, daß der gesamte Ersatzbedarf für die Wehrmacht unter Berücksichtigung der zum 1. September vorzulegenden Nachweisungen über die Ergebnisse der Musterung durch das Reichskriegsministerium auf die Wehrkreise verteilt wird. Diese Ersatzverteilung geht dem Wehrkreiskommando zum 8. September zu.

Eine abgelehnte Trauung.

Das Wehrmachtgesetz als Rechtsgrundlage.

× **Pforzheim**, 2. Juni.

Das Standesamt Pforzheim hat, wie der „Pforzheimer Anzeiger" mitteilt, jetzt eine interessante Entscheidung gefällt. In Pforzheim wollte sich ein gewisser B. mit einer Jüdin verheiraten. Das Standesamt hat jedoch die Eheschließung der beiden abgelehnt. Die Begründung der Ablehnung stützt sich, wie das Blatt schreibt, auf die Bestimmung des Wehrmachtgesetzes, wonach den Angehörigen arischer Abstammung der Wehrmacht und des Beurlaubtenstandes das Eingehen der Ehe mit Personen nicht arischer Abstammung verboten ist. Angehörige der Wehrmacht sind nicht nur Soldaten, die aktiv dienen, sondern auch Angehörige des Beurlaubtenstandes und der Ersatzreserve.

Das Erzbischöfliche Ordinariat Breslau zu den Devisenprozessen.

Ernste Mißbilligung.

Berlin, 2. Juni.

Zu den Devisenprozessen veröffentlicht die „Germania" folgende Aeußerung des Erzbischöflichen Ordinariats in Breslau:

Die vorgekommenen Uebertretungen der Devisenverordnungen werden auch kirchlicherseits ernstlich mißbilligt, wobei die Frage, ob aus Unkenntnis oder infolge Irreführung dritter Personen gehandelt ist, der Prüfung der Einzelfälle überlassen bleiben muß. Gleiches gilt von der weiteren Frage, ob mildernde Umstände aus dem pflichtmäßigen Streben nach Abwendung der sehr schlimmen Notlage einzelner Klöster herzuleiten sind. Es ist Tatsache, daß die Ordensleute bei dem Verstoß gegen die Devisenordnung keinerlei persönliche Vorteile und privatkapitalistische Interessen angestrebt haben.

Die bischöflichen Ordinariate sind bei den vorgekommenen Handlungen von Ordensleuten nicht beteiligt, tragen auch keinerlei Verantwortung für dieselben, weil diese vermögensrechtlichen Angelegenheiten der Ordenspersonen der bischöflichen Aufsicht nicht unterstehen.

Zu bedauern ist, daß die vorgekommenen Verfehlungen vielfach Anlaß zu Publikationen geben, die gegen die Kirche und gegen den Caritasverband sich richten. Einer späteren Zeit muß es vorbehalten bleiben, unbeschadet der Achtung vor den schwebenden gerichtlichen Verhandlungen, ein ruhiges, alle Momente abwägendes Urteil über die genannten Vergehen in ihrer Gesamtheit zu treffen, wobei auch die Absichten der verurteilten Personen, die Irreführung derselben von dritter Seite und nicht zuletzt die außerordentlich großen Verdienste der Orden für Religiosität, Volkswohl und freie Liebestätigkeit im In- und Auslande nicht übersehen werden dürfen.

Von der Verteidigung ist bereits auf folgendes hingewiesen: „31 550 katholische Ordensschwestern waren im Felde und in der Heimat im Lazarett tätig. 575 Lazarette mit 40 000 Betten stellten die katholischen Schwestern in ihren eigenen Häusern dem Vaterlande während des Krieges zur Verfügung. 7,3 Millionen Verwundete und Kranke wurden von 1914—18 in 145,8 Millionen Pflegetagen in den Front- und Heimatlazaretten gepflegt. Die Caritative Vereinigung hat in 9 Häusern von ihren 22 eigenen während des Krieges 1 427 575 Pflegetage auszuweisen, nahezu 1000 katholische Ordensschwestern sind im Kriege verwundet worden. Aus der Caritativen Vereinigung allein sind 90 Schwestern mit der Rote-Kreuz-Medaille ausgezeichnet worden. Sie unterhielten zwei Seuchenlazarette an der Westfront. 13 Schwestern der Caritativen Vereinigung nahmen an der Orientexpedition der deutschen Truppen teil und haben Lazarette in Damaskus und Nazareth unterhalten. Eine Schwester ist an der Cholera gestorben; eine andere in englische Gefangenschaft geraten. Für 400 000 Mark Liebesgaben, durch Hausammlungen aufgebracht, wurden den Soldaten ins Feld geschickt. Hinter diesen Zahlen steht wahrhaft nationale Gesinnung. Was für den Krieg gilt, gilt auch für den heutigen Tag. 1933 waren es 9 Millionen Pflegetage. Die Caritative Vereinigung hat von 1930 bis 1935 in 9 Häusern 1 396 345 Pflegetage zu verzeichnen, und nach dem Ausspruch des Kultusministers ersparen die klösterlichen Pflegeanstalten dem Reiche 250 Millionen Mark Zuwendungen jährlich!"

Zu den jetzt erwiesenen Devisenvergehen vom kirchlichen Standpunkte Stellung zu nehmen, ist Sache der zuständigen kirchlichen Obrigkeit, sobald ein abschließendes Urteil nach dem Ausgange der schwebenden Gerichtsverhandlungen sich bilden läßt.

Trotz aller entstandenen Aufregung ist zu hoffen, daß das katholische Volk im Vertrauen zu der segensreichen Arbeit der Orden im In- und Auslande sich nicht beirren lassen wird.



Der entführte Knabe in Freiheit.

Gegen 200 000 Dollar Lösegeld.

Seattle, 1. Juni.

Der vor einigen Tagen von Verbrechern entführte neunjährige George Wyerhäuser ist nach Zahlung der 200 000 Dollar Lösegeld von seinen Entführern in dem unwirtschaftlichen Waldgebiet bei Issaquah (25 Meilen nordöstlich von Tacoma) in Freiheit gesetzt worden. Der Knabe kam nach stundenlanger Wanderung in die Nähe eines Farmhauses. Der Farmer nahm sich des Kindes an und brachte es zur Polizeistation Issaquah. Eine große Zahl von Polizeibeamten hat jetzt die Verfolgung der Entführer aufgenommen. Die Nachricht von der Wiederauffindung des Knaben hat in den Vereinigten Staaten größtes Aufsehen erregt.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Dr. Georg Heider, Münster i. W.; für Münster und das Münsterland: Fritz Rediger, Münster i. W.; für Westdeutschland: Otto Heins Tebbe; für Feuilleton: Peter Schlauß; für Handel und Sport: Dr. Anton Henkel, sämtlich in Dortmund; Berliner Redaktion: Dr. Ernst Häfner, Berlin-Lichterfelde; für den Zeno-Anzeigenteil: Verlagsleiter Dr. Erich Altmeppen, Münster i. W.
Druck: Zeno G. m. b. H., Münster i. Westf.
Zur Zeit gültiger Anzeigen-Tarif für die Zeno-Gesamtauflage Nr. 5 vom 15. 2. 35.
Durchschnittsauflage IV. 1935: Zeno-Zeitung insgesamt 42 343,
enthaltend: Ahlener Volkszeitung, Ahlen, 3251; — Allgemeine Zeitung, Coesfeld, 5757; — Borkener Zeitung, Borken, 3178; — Bürgerblatt, Emmerich, 1818; — Dülmener Zeitung, Dülmen, 1877; — Halterner Zeitung, Haltern, 1775; — Kreiszeitung, Ahaus, 3150; — Münsterländische Volkszeitung, Rheine, 4123; — Emsländische Tageszeitung (Lingen, Papenburg), Rheine, 1618; — Neuer Emsbote, Warendorf, 2335; — Tageblatt, Ochtrup, 1660; — Volksblatt, Bocholt, 6342; — Volksblatt, Wesel, 926; — Volkszeitung, Emsdetten, 2354; — Volkszeitung Dorsten, 1979

Aus Westdeutschland.

Regierungspräsident i. R. Dr. Hettlage †

Δ **Münster**, 2. Juni.

Der hier im Ruhestande lebende frühere Vizepräsident der Regierung zu Münster, Dr. Karl Hettlage, der von Mai 1922 bis Mai 1933, also volle elf Jahre hindurch in alter preußischer Beamtentradition der Stellvertreter des hiesigen Regierungspräsidenten war, ist gestern nach langem, schwerem Leiden im Alter von 62 Jahren gestorben. Nachkomme einer alten Töddenfamilie aus Mettingen und daher Glied der bekannten Großkaufmannsfamilie, ließ er sich 1901 in Essen (Ruhr) als Rechtsanwalt nieder, wurde 1911 Bürgermeister von Papenburg und dann Erster Bürgermeister der rheinischen Stadt Eschweiler. Während der Besatzungszeit hat — so berichtet der „M. A." — Dr. Hettlage unter der französischen Herrschaft in besonderer Weise seinen Mann gestanden. Durch die Herausgabe städtischen Papiergeldes mit der Aufschrift „Gedenke, daß Du ein Deutscher bist!" zog er sich den Groll der Besatzungsherrschaft zu, die ihn als einen der ersten auf die Schwarze Liste setzte. Als Dr. Hettlage das Begräbnis zweier rechtschaffener Bürger, die durch eine Patrouille erschossen worden waren, zu einer großen nationalen Kundgebung ausgestaltete, betrieb die Besatzungsbehörde seine Verhaftung und kriegsgerichtliche Bestrafung. Durch die Vermittlung der deutschen Rheinlandkommission wurde ihm jedoch freier Abzug ins unbesetzte Gebiet gestattet. Dr. Hettlage wurde dann 1921 zum Oberregierungsrat beim Oberpräsidium in Münster ernannt.

Der Scherlebecker Doppelmörder in Breslau festgenommen.

× **Recklinghausen**, 2. Juni.

Nach einem am Samstagabend bei der Landeskriminalstelle eingegangenen Funkspruch der Polizeiverwaltung Breslau ist der Doppelmörder Franz Laskiwitz aus Bertlich, der vor einigen Wochen seine Schwiegermutter und seine Frau ermordet hat, in Breslau von der Polizei festgenommen worden.

Hohe Zuchthausstrafen für Meineid.

§ **Bielefeld**, 2. Juni.

Vier junge Leute im Alter von 24 bis 28 Jahren aus Herford standen vor dem Bielefelder Schwurgericht. Der Ehescheidungsprozeß eines der Angeklagten hatte die jetzige Anklage zur Folge. Der angeklagte 24jährige Karl Brettholte betrieb den Scheidungsprozeß, in dessen Verlauf der 28jährige Heinrich Seher die eidesstattliche Versicherung abgab, mit der Frau des Br. sträflichen Umgang gepflogen zu haben. Diese Erklärung war aber wahrheitswidrig. Seher wurde deshalb und wegen Verleitung zum Meineid in zwei Fällen zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Brettholte erhielt wegen Anstiftung zu dem Verbrechen des Seher eine Zuchthausstrafe von drei Jahren und fünf Jahre Ehrverlust. Der 21jährige Walter E. wurde freigesprochen, dagegen der 25jährige Heinz Strunk wegen Meineids in einem Falle zu einem Jahr Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Zuchthaus wegen schwerer Amtsunterschlagung.

§ **Siegen**, 2. Juni.

Wegen Unterschlagung und schwerer Amtsunterschlagung in zahlreichen Fällen verurteilte die Große Strafkammer in Siegen den früheren Justizinspektor Albert Scheffler aus Altenkirchen zu einer Gesamtzuchthausstrafe von einem Jahr und acht Monaten. Der Angeklagte, der durch größere Aufwendungen, namentlich für Alkohol, in Vermögensverfall geraten war, vergriff sich in dieser Lage seit dem Jahre 1927 an Geldern, die ihm in amtlicher Eigenschaft anvertraut waren. Als Rechtspfleger in Grundbuch- und Nachlaß-Sachen ließ er sich Konten und Gebühren, darunter auch Steuerbeträge, bezahlen, die er nicht abführte, sondern für sich verbrauchte. Um seine Verfehlungen zu verdecken, verbarg er die mit den unterschlagenen Geldern zusammenhängenden Akten und Urkunden in dem Gewölbe des Grundbuchamtes, wo sie nach seiner Verhaftung im November 1934 aufgefunden wurden. Die Höhe der im Laufe der Jahre veruntreuten amtlichen Gelder beziffert sich auf etwa 2000 *M*. Der Staatsanwalt hate eine Gesamtstrafe von drei Jahren Zuchthaus beantragt.

Internationales Fliegertreffen in Düsseldorf.

— **Düsseldorf**, 2. Juni.

Einer Einladung des Deutschen Aeroklubs folgend, trafen sich 78 ausländische Flieger zu einem internationalen Flieger-Wochenend in Düsseldorf. Unter den Gästen befanden sich englische, holländische, belgische, schweizerische und 41 französische Flieger. Mit der Durchführung dieser flugsportlichen Großveranstaltung war der Düsseldorfer Aeroklub beauftragt, der seit langem zu den Fliegerkameraden des Auslandes die freundschaftlichsten Beziehungen unterhält. Am Donnerstag fand im Parkhaus ein Begrüßungsabend statt, an dem die Spitzen der Bewegung und Behörden, der Präsident des Deutschen Aeroklubs, von Gronau, ein Vertreter des Reichsluftministeriums und Fliegerkapitän Wenzel als Vertreter der Fliegerlandesgruppe teilnahmen. Unter den ausländischen Gästen bemerkte man u. a. die Militärattachées von England und Italien.

Am Freitag starteten die Gäste zu einem Fluge nach Köln, wo ein Empfang stattfand. Oberbürgermeister Dr. Riesen begrüßte die ausländischen Gäste und Vertreter des DLV und gab seiner Freude Ausdruck, daß die ausländischen Flieger gerade die Anwesenheit der Deutschlandflieger zu einem Besuch benutzt hätten, um so eine eindrucksvolle Vorstellung vom deutschen Flugsport zu bekommen. Solche Zusammenkünfte am Flugwesen interessierter Kreise dienten in hohem Maße dazu, wahren, echten Fliegergeist zu pflegen, der wie das Flugzeug Länder und Kontinente verbinde, über Grenzschranken und Sprachunterschiede hinweg Brücken schlage von Volk zu Volk. Er schloß mit dem Wunsch, daß die aus diesem Fliegergeist heraus in allen Ländern geborene sportliche Gemeinschaft in der Verfolgung eines ideellen Zieles zur weiteren Annäherung der Nationen untereinander auch auf anderen Gebieten und zur weiteren Befriedung der Welt beitragen möge.

Am Abend trafen sich die ausländischen Flieger mit ihren deutschen Fliegerkameraden zu einem Kameradschaftsabend in der Düsseldorfer Rheinterrasse.

Am Samstag startete ein Teil der Gäste zum Segelfluggelände auf der Rhön, der andere trat einen Flug nach Frankfurt an. Hier gesellte sich zu den Gästen auch der Vizepräsident des französischen Aeroklubs, Comte de Siebour und die deutsche Fliegerin Elly Beinhorn. Von Frankfurt begaben sich die Gäste in Autobussen über die Reichsautobahn nach Darmstadt, wo den Fliegern von Professor Gregori die neuen Höchstleistungs- und Segelflugzeuge und das Segelflugzeugmuseum gezeigt wurden. Abends starteten die Teilnehmer zum Rückflug nach Düsseldorf.

Zwei Pfarrer in Schutzhaft.

Stolberg bei Aachen, 1. Juni.

Auf Veranlassung der Geheimen Staatspolizei sind die beiden katholischen Geistlichen Dunkel und Thoren von der Pfarre St. Maria Himmelfahrt im Interesse der Aufrechterhaltung der Staatsautorität in Schutzhaft genommen worden. Die beiden Geistlichen waren von der Geheimen Staatspolizei aufgefordert worden, sich in der Ausübung ihres Amtes Beschränkung aufzuerlegen. Dunkel und Thoren hatten sich jedoch geweigert, diesem Verlangen nachzukommen.

Ein Riesenfindling für das Sachsen-Ehrenmal bei Verden.

Δ **Enger**, 2. Juni.

Man wird sich erinnern, daß die wissenschaftliche Forschung bisher 14 Sattelmeier des Sachsenherzogs Wittekind nachgewiesen hat, von denen sieben um Enger herum wohnten, während die übrigen sieben sich auf das Land verteilten. Bei einem der um Enger herum wohnenden Sattelmeierhöfe, dem Nordmeier, wurde jetzt ein 250 Zentner schwerer Findling von 2,50 Meter Durchmesser ausgegraben und von Herford aus nach Verden an der Aller gesandt, um bei der Errichtung des Ehrenmals für die 4500 Sachsen verwendet zu werden. Der Riesenstein trägt Widmungen der Ortsbauernschaften Belke-Steinbeck, Besenkamp, Dreyen, Enger, Herringhausen, Oldinghausen, Pödinghausen, Siele und Westerenger.

*

Δ **Münster**, 2. Juni. **Regierungs- und Baurat Goede gestorben.** Der Dezernent für Schleppbetriebsangelegenheiten bei der Wasserbaudirektion Münster, Regierungs- und Baurat Goede, der von Ende 1923 bis 1933 Vorstand des Schleppamtes Hannover war, ist gestern plötzlich und unerwartet gestorben. Wie der Oberpräsident der Provinz Westfalen in dem Nachruf für diesen Beamten mitteilt, verliert die Wasserbaudirektion Münster in Herrn Goede einen Beamten, der sich dur chhervorragende Leistungen und durch hohe Pflichttreue ausgezeichnet hat.

Δ **Münster**, 2. Juni. **Das Bezirksverwaltungsgericht tagt.** Am nächsten Donnerstag wird das Bezirksverwaltungsgericht für den Regierungsbezirk Münster zu einer Sitzung zusammentreten, die sich über den ganzen Tag erstrecken wird, da nicht weniger als 24 Verwaltungsstreitsachen allein mit mündlicher Verhandlung anstehen. Den Vorsitz wird wiederum Verwaltungsgerichtsdirektor v. Gizycki führen. Unter den zur Beratung stehenden Verhandlungspunkten sind fünf wegen Versagung des Wandergewerbescheines (zweimal Gelsenkirchen, sowie je einmal Holsterhausen, Marl und Münster), vier wegen Unterbringung in einer öffentlichen Arbeitsanstalt (Beckum, Bottrop und zweimal Recklinghausen), drei wegen Versagung des Stadthausierscheines (alle drei aus Gelsenkirchen), zwei wegen Fürsorgekosten (Gladbeck und Münster), und je eine Sache betrifft Aufhebung einer gesundheitspolizeilichen Anordnung (Gelsenkirchen), Aufhebung einer polizeilichen Verfügung (Gronau), Aufhebung einer wegepolizeilichen Verfügung (Liesborn), Veranlagung zu Straßenbaukosten (Münster), Veranlagung zur Biersteuer (Gelsenkirchen), Entziehung der Milchhandelserlaubnis (Münster), Entziehung der Schankerlaubnis (Oelde), Erteilung der Erlaubnis zum Betriebe einer Schankwirtschaft (Klubkonzession) (Münster), Erteilung der Erlaubnis zum Bierausschank (Wulfen) und Erteilung der Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein nd Spirituosen (Münster).

p) **Datteln**, 2. Juni. **Haftbefehl gegen einen Lederfabrikanten.** Von der Oberstaatsanwaltschaft wurde gegen einen hiesigen Lederfabrikanten Haftbefehl in einer Konkursverbrechenssache erlassen. Als am Samstag vormittag zwei Schutzpolizeibeamte in der Wohnung des Festzunehmenden den Haftbefehl ausführen wollten, griff dieser schnell zu einem Rasiermesser und schnitt sich damit die Pulsader der linken Hand auf. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus Datteln transportiert. Lebensgefahr besteht nicht.

p) **Waltrop**, 2. Juni. **Gefahren der Straße.** Am Freitag fuhr auf der Brambauerstraße ein Personenkraftwagen gegen einen Baum. Der Fahrer wurde mit erheblichen Verletzungen ins Prosperhospital Recklinghausen transportiert. — Am gleichen Tage stießen auf der Hochstraße ein Personenkraftwagen und ein Dreiradlieferwagen zusammen. Personen wurden in diesem Falle glücklicherweise nicht verletzt. Die polizeiliche Untersuchung ist im Gange.

⊙ **Duisburg**, 2. Juni. **Paddelboot kenterte.** Auf dem Rhein bei Hamborn geriet am Freitagnachmittag ein Paddelboot, das mit einem Mann und zwei Kindern besetzt war, in die Wellen eines Schleppzuges und schlug um. Alle drei stürzten ins Wasser. Während der Vater mit dem kleinen Töchterchen im Arm sich schwimmend über Wasser halten konnte, klammerte sich der Junge an den Kiel des umgestürzten Bootes. Zwei Alsumer Fischer eilten sofort mit einem Paddelboot zu Hilfe, und es gelang ihnen, den Jungen zu bergen, während der Vater mit dem kleinen Kind von einem Motorboot der Strombauverwaltung an Bord genommen und an Land gebracht wurden. Auch das Paddelboot konnte geborgen werden.



Scherl (M.

Die Rodelbahn — für den Sommer.

Das Bad Einsiedel bei Chemnitz bietet seinen Gästen etwas Originelles, nämlich eine Bergrodelbahn, die auch im Sommer befahren werden kann. Es sind Eisenrodelschlitten, die mitten im Wald auf einer Eisenschiene mit großer Geschwindigkeit heruntergleiten.

64. Führertagung des Landesverbandes Westfalen des Kyffhäuserbundes.

Die Delegiertentagung.

)(**Bochum**, 2. Juni.

Mit einem glänzenden Auftakt wurde am Samstag die 64. Führertagung des Landesverbandes Westfalen des Deutschen Reichskriegerbundes Kyffhäuser eingeleitet. Schon in der Frühe brachten Züge aus allen Teilen der Provinz über 1200 Delegierte des Landesverbandes nach Bochum. Die Stadt selbst zeigt außerordentlich reichen Flaggenschmuck. Unter den Klängen des Trompeterkorps des Artillerieregiments Münster marschierten um 11 Uhr die Delegierten unter Vorantragung weit über hundert Kyffhäuserbanner zum Stadttheater auf, das als Tagungsort der 64. Führertagung im Flaggen- und ansprechendem Grünschmuck sich zeigte. Unter der großen Zahl der Ehrengäste bemerkte man den Vertreter der Bundesleitung, des Kyffhäuser, Generalmajor von Kuhlwein, ferner den Führer der lippischen Kriegervereine, die jetzt in den Landesverband Westfalen eingeschaltet sind, Generalleutnant Cäsar, den Regierungspräsidenten von Stockhausen-Arnsberg, den Führer des Landesverbandes Westfalen, Landesgerichtsrat a. D. Boemke-Dortmund, die Vertreter der Stadt Bochum und anderer kommunaler Behörden, Vertreter der Partei, der SA, SS, des Luftschutzes und eine große Zahl ehemaliger Offiziere des deutschen Feldheeres. Die Führertagung war umrahmt von musikalischen Darbietungen des städtischen Orchesters.

Der Leiter des Kreisverbandes Bochum-Stadt, Bergwerksdirektor Hilgenstock, hieß die Delegierten willkommen. Nach einem Grußwort des Landesverbandsführers Boemke überbrachte General von Kuhlwein die Grüße der Bundesleitung, insbesondere die des Bundesführers Oberst a. D. Reinhardt. Er würdigte dieses Treffen als eine Dankeskundgebung an den Führer Adolf Hitler, der Deutschland die Wehrhaftmachung, die Selbstbestimmung unter den Völkern, den Soldaten des deutschen Feldheeres im Kriege wieder Ehre, Anerkennung und Freiheit zurückgegeben habe. Die Geburtsstunde der allgemeinen Wehrpflicht, die gerade die ehemaligen Soldaten lebhaft begrüßten, sei zugleich eine Ehrenstunde der Toten des Weltkrieges. Die Toten der deutschen Armee des Weltkrieges seien nun in die Heimat zurückgekehrt. „Wehrdienst ist Ehrendienst." Dieses Wort des neuen Wehrgesetzes leuchte über der Geburtsstunde der Wiedererneuerung des deutschen Heeres. Die alten Soldaten des Feldheeres seien sich ihrer Sendung und ihrer Zielsetzung bewußt. Von dieser Stätte der Tagung auf treuer westfälischer Erde gingen die Gedanken zum Kyffhäuserberg, zu den Toten des Weltkrieges. Ihr Geist lebe auch in allen Herzen des deutschen Volkes. Dem Führer danke man, daß er den Soldaten des Weltkrieges wieder Heimatrecht gegeben und dem deutschen Volke Wehrsicherheit und Ehre. Ihm danke man auch, daß er von hoher Warte aus der Welt den Weg zum Frieden gezeigt habe, den wir alle begrüßten. Treue und unerschütterliche Gefolgschaft sei das Gelöbnis an den Führer. Das von Generalmajor von Kuhlwein auf Führer und Vaterland ausgebrachte Sieg-Heil fand in der gewaltigen Tagung lebhaftesten Widerhall.

Sodann überbrachte der Vertreter der Stadt Bochum, Stadtrat Stumpf, ein herzliches Willkommen. Der Führer des Landesverbandes Westfalen, Major a. D. Boemke, ehrte hierauf in ergreifenden Worten das Ableben des großen deutschen Heerführers Hindenburg, die Gefallenen des Weltkrieges und der Braunen Armee. Feierlich durchhallten die Klänge des Liedes vom guten Kameraden den Raum.

An den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler wurde ein Ergebenheitstelegramm mit dem Gelöbnis unwandelbarer Treue zu Volk und Vaterland abgesandt. — Weitere Telegramme wurden an den Leiter des Kyffhäuser, Oberst Reinhardt, den Ehrenführer des Kyffhäuserbundes, Generalleutnant Ritter von Epp und an den Stabschef der SA Lutze gerichtet.

Nach dem Grußwort des Regierungspräsidenten von Stockhausen trat man in die Tagesordnung ein. Der Jahresbericht stellte fest, daß der Landesverband Westfalen Kyffhäuser nunmehr weit über 2000 Kriegerkameradschaften mit 220000 Mitgliedern aufweise. Der Kassenbericht und der Voranschlag für 1935 wurden genehmigt. Aus den Berichten über die Kronprinz-Jubiläumsstiftung, der Löbker-Stiftung, der Wohlfahrtskasse des Westfälischen Provinzialkriegerverbandes und Frontsoldatenhilfe war zu entnehmen, daß der Landesverband gewaltige Mittel in der sozialen Betreuung seiner Mitglieder aufgebracht hat. Das Schießwesen in den Vereinen des Landesverbandes ist im abgelaufenen Jahre gefördert worden. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Landesverband der Betreuung der Luftschutzwesens. An dem 5. Deutschen Reichskriegertag des Kyffhäuser im Juli 1935 in Kassel wird sich der Landesverband Westfalen geschlossen beteiligen.

Zum Ort der nächsten Führertagung des Landesverbandes wurde Bottrop gewählt. Der Vorsitzende schloß die Führertagung mit einem begeistert aufgenommenen Sieg-Heil auf Führer, Volk und Vaterland.

Der erste Tag des westfälischen Kameradschaftstreffens endete mit einem glänzend verlaufenen Deutschen Abend unter Anwesenheit von mehreren tausend Kyffhäuserkameraden im Schützenhof.

Zum Tode Erich Ficklers.

Aus Kreisen des Bergbaus wird uns geschrieben: Erschüttert steht der deutsche Bergbau, steht insbesondere der rheinisch-westfälische Bergbau an der Bahre eines seiner besten Männer, einer seiner führenden Persönlichkeiten. Zu früh ist Erich Fickler, dessen 60. Geburtstag am 3. Dezember v. J. gefeiert wurde, von uns und aus seiner umfassenden Tätigkeit abberufen worden. Als vor wenigen Tagen durch die Presse die Nachricht lief, daß Generaldirektor Fickler demnächst von der Leitung der Harpener Bergbau-A.-G. zurückzutreten gedenke, hat die Oeffentlichkeit nicht geahnt, wie zwingend die Gründe waren, die diesen rastlosen Arbeiter in noch so leistungsfähigem Alter zum Verzicht auf eine ungemein fruchtbare und erfolgreiche Wirksamkeit im deutschen Wirtschaftsleben veranlaßte.

Erich Fickler wurde am 3. Dezember 1874 zu Clausthal als Sohn des Geheimen Oberbergrats und Vortragenden Rats im Preußischen Handelsministerium geboren. Als junger Bergassessor trat er am 1. April 1905 in den Dienst der Harpener Bergbau-Gesellschaft, wo er zunächst Hilfsarbeiter des Direktors der Zechen Gneisenau, Scharnhorst, Preußen I u. II war. Er rechtfertigte durch seine Leistung sehr bald die stolze bergmännische Familientradition, die ihm mit auf den Lebensweg gegeben worden war; schon 1907 wurde er zum Werksdirektor auf Gneisenau und Scharnhorst ernannt und 1914 in den Vorstand der Gesellschaft berufen. 10 Jahre später hatte sich die kluge und starke Persönlichkeit Ficklers so unbedingt durchgesetzt, daß ihn das Vertrauen des Aufsichtsrats an die Spitze des Vorstandes stellte. Seit 1. Mai 1924 leitete er als Generaldirektor die Harpener Gesellschaft. Für die Allgemeinheit wichtiger und bedeutsamer als die erfolgreiche Tätigkeit in dem ihm anvertrauten privatwirtschaftlichen Amt war aber Ficklers umfassendes Wirken im Dienste der Gesamtheit. Dieser Mann hat neben seinem verantwortungsvollen Dienst an seinem Werke Bürden auf sich genommen, die zu tragen nur eine Persönlichkeit von so außerordentlicher Arbeitskraft imstande war. Vor allem ging es ihm um die Wissenschaft von der Kohle, in der er eine Bahnbrecherin für große deutsche wirtschaftliche Erfolge sah. Er diente dieser an Bedeutung von Jahr zu Jahr zunehmenden Wissenschaft nicht nur als Kuratoriumsvorsitzender des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohleforschung in Mülheim, wo wichtige Neuanlagen seiner Anregung ihre Entstehung verdanken, sondern auch als führende Persönlichkeit in der Ruhrchemie A.-G., in der A.-G. für Ruhrkohleverflüssigung und Ruhrkohlenveredlung, in der Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelm-Universität in Münster und an vielen anderen Stellen. Er gehörte zu den Pionieren auf dem Weg zur wirtschaftlichen Befreiung Deutschlands durch Ausnutzung seiner Kohlenschätze auf der Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Diesen großen Bergmann fand man überall dort, wo es galt, die gemeinsamen Belange des Bergbaus und darüber hinaus der deutschen Volkswirtschaft zu fördern. So wurde er denn auch berufen, an der Spitze des Aufsichtsrats des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats diese Schöpfung Kirdorfs auszubauen, insbesondere durch die Aufnahme des Bergbaues im Aachener Revier und neuerdings durch die Fürsorge für den Absatz des Bergbaus an der Saar.

Mit Trauer und in hoher Verehrung wird die rheinisch-westfälische Wirtschaft Erich Fickler auf seiner letzten Fahrt begleiten.



Pilsudskis Herz wurde in der berühmten Kirche Ostrabrana zu Wilna eingemauert.

Mit einem Sonderzug wurde das Herz des Marschalls Pilsudski, so wie es der tote Marschall gewünscht hatte, nach Wilna gebracht, um in der historischen Kirche Ostrabrana eingemauert zu werden. Unser Bild zeigt links hohe polnische Offiziere, die die Urne mit dem Herzen durch die mit Blumen bestreuten Straßen der Stadt tragen. Rechts sieht man die Witwe des Marschalls, die die Urne mit dem Herzen zur letzten Ruhestätte trug. Auf Wunsch des Marschalls wird später noch die Leiche seiner Mutter neben seinem Herzen bestattet werden. (Scherl-M)